Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 383. **Sonnabend** den 29. Juli 1893. 87. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 30. Juli, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Gesucht

wird anderweit der am 4. November 1852 in Annaberg geborene Handelsmann **Carl August Schildt**, welcher zur Fürsorge für seine Familie angehalten ist.

Leipzig, den 26. Juli 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt. Abth. II.
Heutschel. Bauch.

A. R. II, I 4227.

Achtung vor der Arbeit!

II.

O. Durch eine große Zahl von Beispielen ließe sich belegen, daß bezüglich des Satzes „es solle die Achtung vor dem Nebenmenschen nicht von dem Umfange seines Besitzes abhängig sein", vielfach ein unvereinbarer Gegensatz zwischen Theorie und Praxis besteht. Ist dies aber der Fall, dann ist eins von beiden nicht mehr zeitgemäß, entweder die Theorie oder die Art und Weise, wie dem Nebenmenschen entgegengetreten wird. Jedenfalls ist unsere Praxis häßlich und thöricht. Die Früchte, die sie zeitigt, sind faul und gefährden unser Volks- und Staatsleben. Deshalb ist sie überall zu beseitigen, wie sie ja von einem kleinen Theil der Angehörigen aller Stände auch jetzt schon nicht geübt wird. Was haben wir nun zur Erlangung dieses Zieles zu thun?

Ein Kenner unseres Volkslebens sagte einmal: „Wir dürfen uns nicht von den anderen Ständen abschließen; wir müssen ihnen näher treten auch außerhalb der den Reichstagswahlen vorausgehenden Wochen." Es soll nun noch gar nicht einmal ein Nähertreten verlangt werden, sondern nur ein Gerechtwerden, nur das Streben, nicht künstlich die die einzelnen Stände trennenden Schranken zu erhöhen, nicht immer zu zeigen, daß man der Vermögendere ist. Nehmen wir als Maßstab für die Schätzung, welche wir einer Person zu theil werden lassen, lediglich deren persönliche Tüchtigkeit, deren Wirken und Schaffen, deren guten Willen, zu nützen! Die Hochschätzung, welche wir auch jetzt schon denjenigen entgegenbringen, die sich über die Kreise hinaus, aus denen sie entstammen, zu hoher Stellung oder zu großem Vermögen emporgeschwungen haben, müssen wir allen Denen gewähren, die aus eigener Kraft das Höhere erreicht haben, auch wenn sie in kleinen bescheidenen Verhältnissen geblieben sind. Es ist sehr viel leichter für den Angehörigen einer besser situirten Familie, hohe Ehrenstellen zu erringen, als für den Sprößling einer geringen Familie, auch nur eine Stufe höher zu steigen.

Vergessen wir doch nicht, wie oft unsere Verdienste nur das Product von Zufälligkeiten sind! Der Sohn aus vermögender Familie, der nach vielleicht recht dürftiger Absolvirung seiner Prüfungen eine Staatsstellung erhält, der Sohn eines Industriellen oder reichen Mannes, der mit Hilfe der Verbindungen und des Besitzes seines Vaters ein einträgliches Amt erhält, schuldet dabei seinem eigenen Verdienste oft recht wenig, und in ähnlicher Lage ist auch der Sohn des Handwerkers oder der Bauernsohn, der dem blühenden Geschäfte oder dem hübschen Gute des Vaters sein Vorwärtskommen verdankt.

Also Werthschätzung nach der persönlichen Tüchtigkeit und nach der Pflichttreue, mit welcher Jemand seinem Berufe nachkommt, mag dieser Beruf nun ein hoher oder ein niederer, der eines Kopf- oder eines Handarbeiters sein. Es mag auffallen, daß hier die Pflichttreue so sehr in den Vordergrund gestellt wird, denn man sieht es als etwas Selbstverständliches an, daß ein Jeder seine Pflicht thut. Wenn man aber genauer zusieht, so findet man nicht so sehr viele, die stets ihr Bestes, ihr ganzes Können daran setzen, ihrer Pflicht in vollkommener Weise nachzukommen. Unter Pflicht ist hier nicht nur die engere Berufspflicht, sondern auch die Pflicht der Familie und dem großen Ganzen gegenüber verstanden, die verlangt, daß Jeder, soweit seine Kräfte und Mittel reichen, sich auch an öffentlichen Angelegenheiten, an gemeinnützigen und wohlthätigen Unternehmungen betheiligt. Wer das Leben der verschiedenen Stände unbefangen beobachtet hat, wird gewiß zu dem Schlusse kommen, daß er jedem, der treu und redlich seine Pflicht erfüllt und thut, was er nur irgend leisten kann, seine volle Hochachtung entgegenbringt, mag dieser nun einem hohen oder niederen Stande angehören.

Lassen wir also die Hochstellung von Menschen, die sich durch ihr ganzes Verhalten der Achtung unwerth gemacht haben! Wenn ein reicher Mensch seine Mittel lediglich zur Befriedigung seiner Selbstsucht und Launen verwendet, seine Kräfte lediglich im Genusse verschwendet und den Ausfall seiner Thätigkeit, die er wie jeder andere dem Gemeinwesen schuldet, nicht einmal dadurch ausgleicht, daß er sich in einer seinen Mitteln entsprechenden Weise an den Unternehmungen zur Besserung der Lage seiner leidenden Mitmenschen betheiligt, wenn ein solcher nur seinem Genusse oder nur der Vermehrung seiner Reichthümer lebt, dann zeige man ihm auch, daß man einen solchen Mangel an Pflichtgefühl wenig achtet, und überhäufe ihn nicht mit unverdienten Ehrenbezeigungen. Ebenso behandle man den, der sein Vermögen auf unehrenhafte Weise erworben hat u. s. w. Also Achtung vor der persönlichen Tüchtigkeit, Achtung vor der Pflichttreue, Achtung vor der ehrlichen, rechtlichen Arbeit und alles dieses ohne Unterschied, in welchen Ständen wir es finden, keine Geringschätzung dem gegenüber, von welchem wir nicht wissen, ob er sie verdient, aber Muth genug, sie da, wo es nöthig ist, dem zu zeigen, der sie durch sein Verhalten verdient, mag er auch noch so vermögend sein! So fest eingewurzelte Vorurtheile lassen sich allerdings nicht so bald beseitigen, aber schon jede Milderung der Gegensätze ist in unserer Zeit, wo so viel Haß, Unzufriedenheit und Neid aufgespeichert ist, von unberechenbarem Werthe.

Es richtet sich unser Tadel nicht gegen einzelne Stände, namentlich nicht allein gegen die höheren Stände, denn alle sündigen in gleicher Weise. Der Kleine sieht auf den noch Kleineren in allen Kreisen herunter. Der Handarbeiter spricht geringschätzig von dem Kopfarbeiter, ebenso aber auch dieser von jenem; und das ist falsch, denn jeder hat an seiner Stelle seinen Werth. Wenn wir uns nun zunächst an die gebildeten Stände wenden, so geschieht dies aus folgenden Gründen.

Es herrscht in unserem Vaterlande jetzt eine solche Zerklüftung und Spaltung in dem öffentlichen und socialen Leben, daß wir uns kaum noch Streitfragen, die nicht bereits auf der Tagesordnung stehen, denken können. Alle Leidenschaften sind aufgeregt, und da ist es unbedingt nothwendig, daß die gebildeten Gesellschaftskreise nach Kräften dafür sorgen, daß die Kluft, die zwischen den einzelnen Ständen besteht und immer weiter sich öffnet, überbrückt und darauf hingewiesen wird, die berechtigten Klagen zu beseitigen. Klar und scharf müssen die gebildeten Stände ihre Aufgabe erfassen und willenskräftig und uneigennützig durchführen. Dazu sind sie durch ihre Erziehung am besten im Stande. Es lastet auf den gebildeten Ständen in unserer Zeit eine Verantwortung, die leider noch lange nicht genügend zum Bewußtsein gekommen ist. Das Beispiel der höheren Gesellschaftsklassen wirkt mächtig auf die unteren, am leichtesten zum Bösen, aber auch zum Guten; deshalb müssen sie stets mit dem besten Beispiele vorangehen. Man unterschätze nicht die Bedeutung des gemeinsamen Handelns der gebildeten Kreise; es wird, wenn sich darin ein guter und reiner Wille ausspricht, niemals ohne Einfluß auf die anderen Stände sein. Und diesem Einflusse können sich selbst diejenigen Kreise nicht entziehen, die absichtlich gegen denselben ankämpfen.

Es mögen also unsere gebildeten Stände endlich die unwürdige Ueberschätzung des Besitzes und des durch denselben ermöglichten Wohllebens fallen lassen und in erster Linie die persönliche Tüchtigkeit und deren Bethätigung, die redliche treue Arbeit zur vollen Geltung kommen lassen! Dann tritt von selbst eine bessere Behandlung des Mindergebildeten und Minderbegüterten ein, dann fällt mit Beseitigung der übertriebenen Schranken, welche zwischen den einzelnen Ständen aufgerichtet sind, auch der große Mangel an Verständniß für das Wesen der anderen Kreise. Und dann werden die Arbeiten zur Besserung der vorhandenen socialen Schäden in weit höherem Maße wirksam werden als bisher. Dann werden gar viele Gründe, welche jetzt zu Haß und Neid, diesen schädlichen und zerstörenden Leidenschaften, führen, fortfallen. Dazu möge ein Jeder beitragen durch Achtung vor der redlichen, treuen Pflichterfüllung und Arbeit.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 28. Juli. Mit dem lebhaftesten Interesse verfolgen die Leiter der deutschen Socialdemokratie diesmal den Wahlkampf in Frankreich; sie hoffen, daß dort die reinen Socialisten gewaltige Erfolge erzielen und in einer ganz stattlichen Anzahl in der 584 Köpfe starken französischen Deputirtenkammer erscheinen werden. Bis vor zwei Jahren war der Socialismus in Frankreich noch keine Macht; es gab mehr Gruppen als Finger an der Hand, und die gegenseitigen Eifersüchteleien der Führer bewirkten, daß keiner auch nur nennenswerthen Anhang gewinnen konnte. Seitdem die Bekämpfung eingestellt worden, ist der Socialismus üppig ins Kraut geschossen, und die Herren Guesde, dessen Wahl in Roubaix sicher sein soll, und Lafargue können mit ihren Erfolgen sehr zufrieden sein. Während des deutschen Wahlkampfes ist bekanntlich aus Frankreich Geld gekommen — ist es auch nicht viel gewesen, da die französischen Arbeiter im Geldgeben für politische Zwecke sehr zähe sind, so müssen sich doch die deutschen Genossen revanchiren. Mancher Batzen Arbeitergroschen dürfte seinen Weg nach dem Seinestrand finden, und an officieller Munition aus Deutschland wird es wohl auch nicht fehlen; dafür wird schon der Chefredacteur des „Vorwärts" sorgen, der ja in Frankreich eine so liebevolle Aufnahme gefunden hat. Das Ministerium Dupuy-Develle, das ja in der Niederwerfung der Emeute in Paris eine für ein französisches Ministerium anerkennenswerthe Energie entfaltet hat, läßt jetzt die Rothen ganz ungenirt „arbeiten"; die socialistischen Gemeinderäthe betreiben mit Hochdruck die Agitation, so daß wir es vielleicht erleben, daß die französische Deputirtenkammer stärker socialistisch durchsetzt wird als der deutsche Reichstag, und vielleicht kommt es dann, bei der Haltung der französischen Radicalen ist es nicht ausgeschlossen, soweit, daß den einzelnen Gemeinden volle Freiheit eingeräumt wird, so daß sie selbst über die Polizei uneingeschränkt verfügen können. Auf den Ausgang eines derartigen Experiments müßte man sehr gespannt sein; auf alle Fälle wird es abschreckend wirken.

* **Berlin**, 28. Juli. Die Theilnahme des Prinzen Heinrich an den italienischen Flottenmanövern und des italienischen Kronprinzen an den deutschen Manövern wird nicht verfehlen, überall, namentlich in Frankreich, zahlreiche Commentare hervorzurufen. Die Unfähigkeit der Franzosen, politische Dinge anders, als unter dem Gesichtswinkel des verbittertsten Chauvinismus zu betrachten, wird sich bei diesem Anlaß schon darum in ihrer ganzen Posirlichkeit breit machen, weil die Manöver zum Theil in den deutschen Reichslanden stattfinden, auf welche die französischen Querköpfe sich ein phantastisches moralisches Anrecht construirt haben, das nach ihrer Meinung Jedermann anerkennen und respectiren muß, wenn er sich nicht den gröbsten Beschimpfungen durch die edlen Franzosen aussetzen will. Kaltblütiger und logischer Betrachtung der Ereignisse erscheint es weit bedeutungsvoller, daß Schiffe des Zaren mit Schiffen der Republik zusammen vor Toulon manövriren sollen. Die hiermit beabsichtigte Demonstration wird, zumal in England, nicht mißverstanden werden können, und man kann sie insofern willkommen heißen, als damit den Herren Engländern wieder einmal greifbar zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Zeit herannaht, wo sie sich ihrer Haut selbst zu wehren haben werden. Sie haben stets mit einem gewissen Hochmuth auf die continentalen Händel herabgesehen und bis zum Ueberdruß erklärt, sie könnten sich da in keiner Weise einmischen; sie finden jetzt, daß diese Indifferenz auch ihre Schattenseite hat und Großbritannien werthvoller Bundesgenossen beraubt, wo es ihrer, wie jetzt in Siam und — voraussichtlich in nicht ferner Zeit — in Egypten, dringend bedarf.

* **Berlin**, 28. Juli. Der im Lager der Freisinnigen früher hochgeschätzte, jetzt seit seiner Haltung in der Frage der Militairreform viel geschmähte Herausgeber der „Nation", Dr. Theod. Barth in Berlin, stellt neuerdings in einem „Ende und Anfang" betitelten Aufsatz seiner Wochenschrift Trauerbetrachtungen über den Niedergang und Verfall der freisinnigen Partei an. Er klagt über die Enge des politischen Horizonts bei Eugen Richter und Genossen, um am Schluß einige der Aufgaben zu besprechen, an denen die freisinnige Vereinigung in Zukunft mitzuarbeiten haben werde. Aus dem ersten Theil des Aufsatzes sei hier folgende interessante Kritik des Verhaltens Richter's und der deutschfreisinnigen Partei wiedergegeben: „Eine große Arbeitskraft und eine ungewöhnliche dialectische Begabung haben Herrn Richter eine Stellung im öffentlichen Leben Deutschlands geschaffen, mit der man rechnen muß. Sein Unglück ist, daß er die Politik immer nur von dem Oppositionswinkel aus angesehen hat. In England, in Frankreich, in Italien entgehen die hervorragenden Männer der Opposition sehr selten dem Schicksal, daß sie zeigen müssen, was sie innerhalb der Regierung können. Die kritische Thätigkeit eines Oppositionsführers vertauschen sie von Zeit zu Zeit mit der schaffenden eines Ministers, und gerade aus diesem Wechsel des Standpunctes ergiebt sich bei den hervorragenden Politikern die Entwickelung zur vollen Staatsmannschaft. Bei uns mangelt dieser Ausgleich und infolge dessen degenerirt nur allzu leicht die Regierung wie die Opposition. Wer Jahrzehnte hindurch immer nur den unverantwortlichen Kritiker spielt, der muß schon ganz gewichtige andere Interessen daneben pflegen, um unbefangen zu bleiben. Die Gefahr einer Verknöcherung liegt nahe und eine solche bedrohte ernstlich die freisinnige Partei. Die Partei verlor sichtlich an Anziehungskraft, man lebte von der alten Tradition, von der Anhänglichkeit an einige große liberale Grundsätze, von einem Quantum gesunden Menschenverstandes, von Fehlern der Gegner und vielfach auch blos noch von dem langjährigen Vorrath agitatorischer Redensarten, die der Geistlosigkeit in allen Parteien als bequeme Stichworte dienen; neue Triebkräfte tauchten fast nirgends auf, man begnügte sich mit den alten „bewährten" Programmforderungen. Aber die Welt fragt schließlich verzweifelt wenig nach Parteiprogrammen; neue Zeiten rufen neue Probleme hervor, und wenn die Menschheit elektrisches Licht verlangt, so verfängt die Beweisführung nicht, daß Gas auch hell und obendrein sparsamer brenne. Mit einem Worte: die freisinnige Partei erwies sich nirgends mehr als eine Reformpartei, wie es der Liberalismus in so glänzender Weise bei des Reiches Gründung gewesen war."

Y. **Berlin**, 28. Juli. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Denkschrift des dem Bundesrath vorgelegten Entwurfs, betreffend die Erhebung des Zollzuschlags für aus Rußland kommende Waaren. Die Denkschrift giebt den Verlauf der deutsch-russischen Verhandlungen wieder, vom Beginn derselben im Winter 1890/91 bis Mitte Juli 1893 und begründet die Haltung der Regierung gegenüber den russischen Forderungen und Vorschlägen folgendermaßen: Nachdem die Verhandlungen zu keiner Verständigung geführt hatten, schlug Rußland eine sofortige Eröffnung der commissarischen Verhandlungen vor und knüpfte hieran Mitte Juli den Wunsch nach Abschluß eines Provisoriums, wodurch an Rußland provisorisch bis zum 31. December 1893 der deutsche Conventionaltarif, dagegen an Deutschland der Mitgenuß der an Frankreich bewilligten Tarif-Concessionen eingeräumt werden sollte. Deutscherseits wurde der Vorschlag der commissarischen Verhandlungen im Princip angenommen, dabei aber betont, daß die wesentlichsten deutschen Forderungen aufrecht erhalten werden müßten. Der Vorschlag des Provisoriums wurde deutscherseits abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die nothwendige Mitwirkung des Reichstags nach dem Stande der parlamentarischen Arbeiten nicht mehr zu erlangen sei und daß zudem die Frankreich bewilligten Zollnachlässe zu unbedeutend seien, um auch nur provisorisch ein Aequivalent für die Gewährung des deutschen Conventionaltarifs zu bilden. Rußland stellte hierauf noch ein weiteres Entgegenkommen in Aussicht, hielt auch den Vorschlag der commissarischen Verhandlungen aufrecht, theilte jedoch mit, daß es aus zahlreichen Gründen sich veranlaßt sähe, am 1. August den Maximaltarif für die Rußland nicht meistbegünstigenden Länder einzuführen. Durch eine weitere Steigerung der hohen russischen Zollsätze speciell gegen Deutschland, welche der russische Maximaltarif enthält, würde aber die fernere Ausfuhr deutscher Erzeugnisse, sowie der deutsche Zwischenhandel mit fremden Erzeugnissen nach Rußland außerordentlich erschwert und vielfach ausgeschlossen sein. Mit Rücksicht hierauf erscheine es unvermeidlich, sofort nach Einführung des russischen Maximaltarifs bis zur Wiederherstellung billiger Ausgleichsbedingungen im gegenseitigen Handelsverkehr auch deutscherseits die im Zollgesetz vorgeschlagene Zuschlagsabgabe auf russische Einfuhr, soweit solche zollpflichtig ist, so lange zu legen, als der russische Maximaltarif gegenüber Deutschland in Kraft bleibe. Der „Reichsanzeiger" weist ziffernmäßig das Interesse der russischen Volkswirthschaft an der Offenhaltung des deutschen Marktes nach. Andererseits lehrten die Erfahrungen der letzten Jahre, daß Deutschland auf die russische Getreide-Einfuhr nicht angewiesen sei. Aus diesen Erwägungen gehe hervor, daß der Zollzuschlag im Verordnungsentwurf vorgesehen werde für die hauptsächlich in Betracht kommenden russischen Ausfuhrartikel. Da die russischen Maßregeln auf Rußland ausschließlich Finnland beschränkt werden, so erscheine es angezeigt, die deutschen Gegenmaßregeln in entsprechender Weise zu beschränken und die Höhe der Zuschlagsabgabe mit Rücksicht auf die im Vergleich zu dem russischen Zolltarif geringen Sätze des deutschen Tarifs im Interesse der Wirksamkeit der Maßnahme auf 50 Proc. der tarifmäßigen Eingangsabgabe zu bemessen.

= **Berlin**, 28. Juli. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allg. Ztg." schreibt: Die Möglichkeit, daß Deutschland sich gezwungen sehen wird, wegen Einführung des russischen Maximaltarifs seine Zölle gegen Rußland zu erhöhen und dadurch die Einfuhr russischen Getreides zu erschweren oder zu verhindern (der Bundesrath hat bereits dem Entwurfe der Verordnung, betreffend die Erhebung des Zollzuschlages auf aus Rußland kommende Waaren, seine Zustimmung ertheilt. D. Red.), hat die Militairverwaltung veranlaßt, geeignete Maßnahmen zur Verpflegung der Armee zu treffen für den Fall, daß der Bezug des russischen Getreides ausfallen sollte. Es werden Versuche angestellt, eine möglichst gründliche Ausnutzung des Brodkorns eintreten zu lassen. Erfüllen sich die gehegten Erwartungen, so wird eine nicht unwesentliche Ersparniß an Roggen bei der Militairverpflegung eintreten. Die Truppen-Commandos sind verständigt worden, bei der Verpflegung der Pferde Ersatzmittel verwenden zu lassen, und es kommt hier vor allen Dingen Mais in Betracht.

∞ **Berlin**, 28. Juli. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" schreibt: Der aus den Getreide- und Viehzöllen für 1892/93 auf Preußen entfallende Antheil ist auf 51 770 737 ℳ ermittelt worden und wird nach Abzug des in der Staatscasse verbleibenden, den Communalverbänden zu überweisenden Betrages von 15 Millionen auf 36 770 737 ℳ festgesetzt.

‡ **Berlin**, 28. Juli. (Telegramm.) Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht heute den Wortlaut des deutsch-englischen Abkommens, betreffend die Grenze der beiderseitigen Interessensphäre in Ostafrika vom Indischen Ocean bis zur Nordseite des Kilimandscharo.

□ **Berlin**, 28. Juli. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Aufhebung directer Staatssteuern und das Ergänzungs-Steuergesetz.

— Im „Hamb. Corr." lesen wir: „Ein Berliner Blatt lehnt es ab, über das Maß von diplomatischem Geschick, das von deutscher Seite bei den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen bewiesen worden sei, Betrachtungen anzustellen. Es irrt aber augenscheinlich, wenn es meint, daß ein Urtheil erst möglich sei, wenn weitere Aufschlüsse über den Gang der Verhandlungen vorlägen. Eine wesentliche Unterlage ist wenigstens schon in der Thatsache gegeben, daß Rußland für den deutschen Vertragstarif mit seinen Ermäßigungen der Getreidezölle um 30 Procent, der Holzzölle um 25 und 20 Proc. ꝛc. den von ihm mit Frankreich vereinbarten Minimaltarif angebeten hat, der nur geringfügige Ermäßigungen (um meist nur 10 Proc.) eines allmälig zu außerordentlicher Höhe gesteigerten Tarifs enthält. Es gehört durchaus keine „Scheu vor unbegründeter agrarischer Opposition" dazu, um die Ablehnung eines solchen Angebots vollauf zu erklären. Man braucht nur die Klagen unserer Handelskammerberichte für die letzten Jahre über den fortgesetzten, durch Prohibitivzölle und Zollplackereien veranlaßten Rückgang des Waarenverkehrs nach Rußland nachzulesen und wird dann begreifen, daß ein Handelsvertrag auf der Basis der russischen Vorschläge den berechtigten Erwartungen unseres Handels und unserer Industrie in keiner Weise entsprochen hätte.

— Aus pädagogischen Kreisen ist der Wunsch hervorgetreten, daß die deutsche Unterrichtsausstellung in Chicago, die an Vollständigkeit alle anderen übertrifft, nach Schluß der Weltausstellung für die Begründung eines Schulmuseums erhalten bleiben möge.

— Unter dem Namen „Haftpflicht-Versicherungs-Gesellschaft Berliner Grundbesitzer tritt ein staatlich concessionirtes Unternehmen ins Leben, das den Hausbesitzern bei mäßigen Prämiensätzen volle Versicherung gegen Unfälle gewährt, die sich im Bereich ihrer Grundstücke ereignen. Außerdem stellt das Unternehmen kostenfreie Vertretung vor Gericht, bei etwaigen von Unfällen nöthig wird.

* **Kiel**, 28. Juli. Die Manöverflotte ist unter dem Commando des Vice-Admirals Schröder heute Vormittag in den hiesigen Hafen eingelaufen.

* **Citrowo**, 27. Juli. Dieser Tage ist die Bartschniederung durch den Oberpräsidenten von Posen bereist worden. Dem Vernehmen der „Bresl. Ztg." nach handelt es sich um weitere Vornahme von Moordamm-Culturen auf dieser Flußniederung. Bis jetzt sind etwa 1000 Morgen Moordamm-Cultur im Betrieb, und jedes Jahr werden von den Gemeinden Strzyzew, Parczew und Sieroszewitz die angrenzenden Strecken Moor- und Haidewiesen in Anbetracht der glänzenden Erfolge in fruchtbares Ackerland umgeschaffen.

* **Posen**, 28. Juli. (Telegramm.) Die gestrige Generalversammlung zur Wahl eines neuen polnischen Wahlcomités wurde nach tumultuarischen Auftritten polizeilich aufgelöst. Der Geistliche Dr. von Szczydlewski wurde beim Verlassen des Saales thätlich insultirt.